

Europa-Forum Wachau 2018
Arbeitskreis 2:
**„Ein besseres Europa im Zeichen eines
geringeren Haushalts – wie geht das?“**

Vorsitz:
Hubert Wachter

Einführungsredner:
Lukas Mandl
Friedrich Mostböck
Thomas Salzer
Oliver Dreute

Kursorischer Bericht zu den Ergebnissen des Arbeitskreises 2

„*Budget ist in Zahlen gegossene Politik*“ lautete das Eingangsstatement zum Arbeitskreis 2 mit dem Thema „*Ein besseres Europa im Zeichen eines geringeren Haushalts – wie geht das?*“. Mit diesem Zitat verlieh der Vorsitzende Hubert Wachter nicht nur der Bedeutung der Diskussion um den EU-Haushalt äußerst treffend Ausdruck, sondern schlug auch den Grundton für die nachfolgenden Präsentationen an.

Die Probleme, denen sich die EU aktuell ausgesetzt sieht (etwa betreffend Brexit oder die Migration) bedeuten eine besondere Herausforderung im Hinblick auf die EU-Haushaltsplanung. Vor kurzem wurde der Vorschlag der Europäischen Kommission zum Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) für die Jahre 2021 – 2027 präsentiert, welcher für die folgende Diskussion oft als Referenz für Anmerkungen zum Arbeitskreisthema diente.

Den Anfang machte *Oliver Dreute*, der eingangs den Kommissionsvorschlag zum MFR im Überblick vorstellte. Im Ergebnis müsse Europa in seiner Haushaltsplanung dafür sorgen zukunftsfit zu sein, insbesondere im Innovations- und Technologiebereich, aber auch durch verstärkte Infrastrukturinvestitionen. Die intellektuelle Kapazität und auch der Markt für Venture Capital müsse wachsen, sähen sich aktuell innovative junge Unternehmen (Start-Ups) teilweise gezwungen abzuwandern, weil die nötigen Möglichkeiten zum weiteren Wachstum fehlen.

Daher, so das Zwischenergebnis, müsse Europa dort investieren wo Mittel dringend gebraucht werden, nämlich beispielsweise in den Bereichen Forschung, Digitalisierung oder Strukturreformen. Gleichzeitig sei es dringend geboten das derzeitige Fördersystem zu restrukturieren und effizienter zu machen.

Einem weiteren zentralen Anliegen der europäischen Bevölkerung müsse zukünftig vermehrt Rechnung getragen werden: der Sicherheit und der Verteidigung. Dabei handle es sich um ein Thema, bei dem die EU-Mitgliedstaaten die Kooperation suchen

sollten. Hier, wie auch grundsätzlich, bedarf es einer effizienten Herangehensweise, insbesondere mit guten Strategien zum Thema Migration. Europa brauche ein „*Budget der Fairness*“. Die Mitgliedstaaten müssen entscheiden was sie in Europa zukünftig leisten wollen, dafür muss aber entschieden werden was die EU künftig alles leisten soll.

Friedrich Mostböck beleuchtete in seinem Beitrag eingangs anhand von zahlreichen Grafiken die Budgethaushalte der Mitgliedsstaaten und wies auf den Teil beträchtlichen Schuldenstand einzelner EU-Mitgliedstaaten (vor allem Italien, etc.) hin. Zur Frage, wie man die zum Teil massive Verschuldung abbauen könnte, gäbe es fünf Möglichkeiten, nämlich 1.) Wirtschaftswachstum, wobei um die Verschuldung abzubauen, das Wachstum auch nachhaltig sein muss und aktuell wohl noch zu schwach sei; 2.) Ausgaben senken/Einsparungen; 3.) Investitionen von Unternehmen; 4.) Inflation, wobei diese trotz des Wirtschaftswachstums in Europa als zu schwach ausfiel um effektiv zu sein; und 5.) Niedrige Zinsen bzw. Negativ-Renditen/Kapitalmarkt, wobei dies als die derzeit einzige teilweise funktionierende Lösung präsentiert wurde (vor allem Deutschland, teils für Österreich).

Bei der Einsetzung eines EU-Finanzministers bliebe das zentrale Problem der Mangel an einer gemeinsamen Fiskalpolitik. Der Wirtschaftsraum Eurozone habe zwar eine gemeinsame Währung und Notenbank-Politik, aber 19 verschiedene Fiskalpolitiken und folglich 19 verschiedene Anleihemärkte, die von Ratingagenturen unterschiedlich bewertet werden. Die Schaffung einer einheitlichen Fiskalpolitik sei eine der zentralen Herausforderungen für die EU, da fiskalische und wirtschaftspolitische Maßnahmen unter den aktuellen Umständen nicht (ordentlich) greifen können. Andererseits, hätte man eine gemeinsame Fiskalpolitik und Finanzierung am Kapitalmarkt (z.B. Euro-Bonds), würde man zahlreiche Probleme, etwa in Italien wahrscheinlich zudecken, aber nicht wirklich lösen. Eine einheitliche Politik müsste vor allem notwendige Struktur-Reformen angehen.

Thomas Salzer warf einen unternehmerischen Blick auf die EU und führte einen anschaulichen Vergleich zur Führung eines Unternehmens, in dem es ständig um die Verbesserung des Produktes und um die effizientere Gestaltung von Arbeitsprozessen gehe. Die EU müsse, einem Unternehmen gleich, dauerhaft neue Wege suchen um ihren Mehrwert für die Menschen zu verbessern. Dies beginne schon dabei, eine Diskussion darüber zu führen was die EU machen kann und wo sie wirken soll. Die EU könne nichts für die Schwächen des österreichischen Bildungs- und Pensionssystems. Im Gegenteil sei die EU für viele positive Dinge in Europa verantwortlich, die jedoch oft nicht gewürdigt würden. In dieser Hinsicht habe die EU auch ein Kommunikationsproblem.

Auch auf die regelmäßig mit „Regelungswut“ betitelte Gesetzgebung der EU wurde eingegangen. In der EU sei eine ständige Euphorie zu spüren, Dinge zu beschließen. Diese Euphorie gehe oft auf Kosten von Effizienzüberlegungen. In wichtigen Bereichen, wie Datenschutz oder Kartellrecht etwa, gebe es aktuell 27 nationale Behörden und regelmäßig noch eine europäische dazu. In diesem Punkt sei eine Vereinheitlichung von Prozessen über Staaten und die EU hinweg wünschenswert.

Lukas Mandl hielt zu Beginn seines Beitrags fest, dass wir aktuell das beste Europa haben, das wir je hatten. Dies gelte es immer wieder zu betonen. Angesichts aktueller politischer Entwicklungen in den USA müsse die Antwort auf America first, Europe united sein, was sich in einem solidarischen Miteinander in der EU, budgetäre Überlegungen nicht ausgenommen, ausdrücken solle. Auch hier wurde vertreten, dass man nicht schlicht über Prozente, sondern in der Reihenfolge: Prioritäten-Headings-Summen-Prozente diskutieren sollte.

Dabei ist auch ein sparsamer Haushalt für die EU ein wichtiges Thema. Man kann Kosten auch senken, ohne dass die Qualität der Verwaltung sinkt. Die EU müsse aus der Verpflichtung dem Volk gegenüber immer auf Sparsamkeit und Wirksamkeit achten. Die Diskussion um den EU-Haushalt biete immer auch eine Bühne. Die große Bedrohung der EU sei dabei der Populismus und der Zentralismus in Europa, die einander manchmal in die Hände spielen.

EXECUTIVE SUMMARY:

Wir haben das beste Europa, das wir je hatten, dabei waren sich die Diskutanten einig. Der mehrjährige Finanzrahmen und allgemein die Diskussion über den EU-Haushalt bieten eine wichtige Grundlage um richtungsweisende Entscheidungen in Europa vorzubereiten. Europa muss jedenfalls seine Effizienzpotentiale weiter ausschöpfen um nach Innen und nach Außen weiter zu reüssieren. Die Frage, wer wie viel zahlen soll, muss unbedingt in der richtigen Reihenfolge beantwortet werden. Nach der einhelligen Meinung der Diskutanten wäre es falsch sich auf die Nennung von Prozenten zu beschränken. Vielmehr müsse man entscheiden, welche Rolle die EU in Zukunft übernehmen soll, welche Aufgaben durch sie erfüllt werden sollen (Subsidiarität), was für Summen für die Erfüllung notwendig sein werden und schließlich – und erst dann – wie viel die einzelnen Mitgliedstaaten dabei zu leisten haben.